

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 2

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dieser Art spielen in den internationalen Beziehungen so lange eine erhebliche Rolle, als völkerrechtliche Ansprüche nicht durchgesetzt werden können. Politisches Handeln sollte, kluges Handeln muss dieses Faktum in Rechnung stellen.

Noch vor fünf Jahren hat kein Balte angenommen, dass in absehbarer Zeit seinem Land die Unabhängigkeit zufallen könne. Dass die öffentliche Diskussion über das insgeheime Anliegen möglich wurde, dass die Balten ihre Geschäfte weitgehend und dank freierer Wahlen in eigene Hände nehmen konnten, hatten sie der Reformbewegung in Moskau zu verdanken. Diese Bewegung hätte darum auch eine gewisse Rücksichtnahme verdient. Zum Beispiel, indem sie nicht durch Wünsche und Anliegen hätte belastet und überfordert werden dürfen, deren allzu schnelle Verwirklichung von der Reformbewegung nicht in dieser Geschwindigkeit bewerkstelligt werden konnte.

Denn die Reformbewegung ist eben nicht ein Regime, das wie seine Vorgänger diktieren kann und sich mit totalitären Methoden an der Macht halten wollte. Sie muss den Ausgleich suchen zwischen den Liberalen und Progressiven einerseits, den Dogmatikern und Ideologen andererseits. Sie muss zu verhindern suchen, dass die Opposition gegen die Reformen auf den Plan gerufen wird. In diesem Versuch ist sie durch baltische Führer nicht verstanden und nicht unterstützt worden. Diese haben vielmehr klare Signale übersehen und Warnungen in den Wind geschlagen. So stellte am 13. November 1990 Präsident Gorbatschow fest: «Jeder Versuch einer Trennung von Völkern, die jahrhundertlang Seite an Seite gelebt haben, könnte mit einem Blutbad enden.» Tags darauf erklärte Marschall

Achromejew, er schliesse ein Eingreifen der Sowjetkräfte zur Sicherung des Zusammenhaltes der Sowjetunion nicht länger aus. Und als Aussenminister Schewardnadse wegen der drohenden Wiedereinführung der Diktatur demissionierte, doppelte Politbüro-Mitglied Jakowlew nach: «Die konservative Welle bricht herein. Es handelt sich um reaktionäre Kräfte, die rachsüchtig und gnadenlos sind.» Eine auf Wirkung angelegte Politik darf solche Zeichen nicht übersehen.

So stellen sich Fragen: Was nützte es, auf den ausgewiesenen völkerrechtlichen Anspruch auf Unabhängigkeit zu vertrauen? Was brachte es ein, den eindringlichen Willen zur Unabhängigkeit nachzuweisen? Was haben die Forderungen auf sofortige Verwirklichung der Unabhängigkeit letztlich bewirkt? Sie münden in die zentrale Frage: Ging es um die Bekundung einer Gesinnung oder um die Wirksamkeit einer Politik und das Ergebnis eines Einsatzes?

In ihrer begreiflichen – aber eben doch unbehelflichen – Gefühlsaufwallung haben die Balten und vorab die Litauer ihren eigenen Weg zur Unabhängigkeit erheblich verlängert; wer sie dazu ermutigt hat, müsste ein Quentchen Mitverantwortung übernehmen. Sie haben zudem die Reformbewegung belastet und empfindlich geschwächt. Sollte diese entmachtet werden, bezahlen die Randvölker der Union den höchsten Preis. ■

ZUSAMMENHÄNGE

Sowjetunion

«Gorbatschow ist mit einem Chirurgen zu vergleichen, der einen Patienten operierte in der Überzeugung, er müsse ihm gemäss Diagnose den entzündeten Blinddarm entfernen. Was er aber vorfand, nachdem er den Schnitt geführt hatte, das waren die Metastasen eines Krebses.»

Wer diesen Vergleich gezogen hat, das ist Gennadi Janajew, der neue Vizepräsident der UdSSR, von Michail Gorbatschow selbst für das neue Amt vorgeschlagen, vom gesamtsowjetischen Parlament gewählt. Veröffentlicht wurden die Sätze mit ihrem schonungslosen Befund in der sowjetischen Regierungszeitung «Iswestija» vom 2. Januar 1991.

Die heutige Krise in der Sowjetunion, zugleich eine Krise der Sowjetunion, ist eine Krise des sowjetischen Gesamtzustandes, und die bisherige Behandlungsp pluralität durch die Perestrojka in deren wechselnden Etappen war immer noch keine Gesamtbehandlung.

Die akute Entzündung dessen, was vom sowjetischen Organismus übriggeblieben ist, betrifft die nationale Frage, und das ist insofern kein Zufall, als die Nationen vorgegebene Sammelbecken für fast beliebige politische und gesellschaftliche Kräfte darstellen, wenn diese erst einmal freigegeben sind. Das war es, was die Perestrojka wollte, wenn auch in Beschränkungen, die sich als fiktiv erweisen sollten. Sie wollte den Sowjetbürger von der Diktatur befreien, ihn reaktivieren und (schrittweise) mündig machen, alles im Rahmen einer Sowjetgesellschaft, die als Kontinuität im Wandel veranschlagt war.

Was aber wollte der Sowjetbürger, dem man erstmals in der Sowjetgeschichte den eigenen Willen zugestand, was wollte er? Er begehrte, vereinzelt und getarnt zunächst, vermehrt und ungeschminkt sodann, gar kein Sowjetbürger mehr zu sein. In ordnungspolitischer Hinsicht wurde dies vor allem bei jenen evident, welche die Glasnost nutzten, jenes Prinzip der Offenheit und Öffentlichkeit, das Informationen und Meinungsäusserungen freigab. Das hätte zur Neuformulierung des Sozialismus führen sollen, aber es führte zu seiner Desavouierung. Die Sowjetordnung wurde bald nur noch von jenen hochgehalten, welche die gehabte Diktatur im Sinn hatten, weil sie

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 57.—
(Ausland sFr. 62.—/DM 73.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

19/90

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6

von ihr profitiert hatten, und nicht einmal bei ihnen liess sich ein ideologischer Appeal ausmachen. Der marxistisch-leninistische Impetus war als vorhanden zu Unrecht supponiert worden, schon seit langem.

Bei vielen Leuten spielte (selbstverständlich) noch die Macht der vertrauten Gewohnheit, aber auch das nahm ab, sogar verblüffend schnell. Wer sich für die sozialistische Ordnungswiederherstellung auf den Reflex der dumpfen Massen zu verlassen gedachte, sah sich zunehmend getäuscht, denn der Reflex spielte immer deutlicher andersherum.

Das hatte mit vielem zu tun. Zum Beispiel mit der realen Arbeiterschaft, die mit dem Anstrich eines ideologiegerechten Proletariats nichts zu tun hatte, gegen die angebliche Arbeitermacht zu streiken begann und aus eigenem Antrieb der arbeitgeberischen Einheitsgewerkschaft des Staates absagte. Zum Beispiel mit der nach Tschernobyl gewaltig verbreiterten Einsicht in das Ausmass, mit welchem der Sozialismus die Natur und die Lebensgrundlagen zerstört hatte; nirgends ist die ökologische Katastrophe weiter gediehen als dort, wo sie sozialistisch geleugnet oder verschwiegen wurde. Zum Beispiel mit der Unzufriedenheit in materiellen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen. Dass sich die Lage in den Perestrojka-Jahren noch weiter verschlechterte, hätte die Leute plausiblerweise dazu führen können, reaktiv zu sagen: Vorher war es besser; also zurück! Aber sie waren in grosser Zahl gescheitert, als man ihnen zugemutet hatte, lehnten sozialistische Remeduren für sozialistische Übel ab und verlangten nach alternativen Lösungen. Ende des letzten Jahres war, so ergaben die Umfragen (durch die Glasnost ermöglicht, auch sie) übereinstimmend, dass das Prestige der KPdSU, die den früheren Zustand zu verantworten hatte, tiefer gesunken war als je zuvor.

So entwickelte sich die Selbstentfremdung der Sowjetbürger in ordnungspolitischer Hinsicht progressiv. Diese Strömung, die Wohnbevölkerung der UdSSR insgesamt betreffend, war auf die Dauer kaum aufzuhalten und schwer genug einzudämmen. Andererseits aber war sie – was gewissermassen die letzte Chance einer sowjetisch geführten Perestrojka darstellte – mangels schon vorhandener ordnungspolitischer Gegenstrukturen auch schwer zu sammeln. Da hätte die übernommene Organisation mit ihren grossen Machtmitteln die amorphe Vielheit noch lange zu bändigen vermögen, vielleicht sogar bis zum gütlichen Eingang des Sozialismus in sein Gegenteil, in die Demokratie.

Was diese ohnehin schon reduzierte Aussicht aber entscheidend verstellt hat, ist die Tatsache, dass der Sowjetbürger nicht nur in seiner ordnungspolitischen Komponente verschlissen ist. Die Perestrojka hat ihn, den Sowjetbürger, angerufen, aber geantwortet hat der Russe, der Georgier, der Litauer, der Kasache, jeder in seiner nationalen Eigen-

schaft. Nicht nur deshalb, weil er in dieser zuvor unterdrückt worden war (unterdrückt worden war er auch in seiner individuellen und in seiner sozialen Eigenschaft), sondern auch deshalb, weil er hier für seine neue Willensäusserung ein ursprüngliches Kollektiv vorfand, das Volk. Die Nation war der schon vorhandene Rahmen für seine sämtlichen Begehren.

Die nationale Befreiung liess sich vor drei, vier Jahren in den Augen ihrer Befürworter nicht als Gegensatz zur Perestrojka an, sondern als ein Teil von ihr, als *missverständlicher* Teil von ihr, soweit es auf die reform- und demokratisierungsbedachte Sowjetführung ankam.

Die spezifische Bewegung gehörte weitgehend zu jenen Spontankräften überhaupt, die man im Dienste der guten gesamtsojetischen Sache durchaus hatte in Fluss setzen wollen, bevor sie ihr eigenes Gewicht und ihre eigene Beschleunigung entwickelten. Solche Spontankräfte waren gesellschaftlich und politisch in allen Belangen zunehmend wirksam und vergrösserten ihren Anteil am Total der Veränderung auf Kosten der lenkbaren Vorgänge laufend, was die Proportionen entscheidend verschob und der Perestrojka eine neue Qualität gab. Und unter den zunächst heterogenen Spontankräften waren die nationalen Kräfte nicht nur ein Spezifikum, sondern auch eine Quintessenz; sie vereinigten alles, was sich in den jeweiligen Ländern an Beschleunigung tat und (vor dem sozusagen amtlich bewilligten Gang der Ereignisse) hervortat: politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, ökologisch.

Man gibt sich heute keine Rechenschaft mehr darüber, dass sich zum Beispiel im Baltikum die Bewegungen der nationalen Emanzipation noch vor zwei Jahren als Volksfronten zur Unterstützung der Perestrojka verstanden. Das enthielt seinen Teil an gespielter Blauäugigkeit, aber gelogen war es nicht. Den angesagten Zielen der Perestrojka kam man an der Peripherie der UdSSR am raschesten näher und verstand sich als Vorhut. Allerdings: das Verständnis der Zentrale war damit schon damals überfordert und musste es sein.

Von der neuen sowjetischen Führung wurde die nationale Frage (ähnlich wie die ökologische Frage) nicht bloss unterschätzt, sondern auch verkannt. Sie war in den Jahrzehnten zuvor so gründlich geleugnet, verfälscht und tabuisiert worden, dass man im Apparat dazu gekommen war, für den Vielvölkerstaat die gelogene Formel «national in der Form, sozialistisch im Inhalt» selber zu glauben. Der Parteikongress von 1986 nannte die «Nationalitätenfrage» (der blosse Ausdruck schon ist Verniedlichung) «grundsätzlich gelöst», und noch eineinhalb Jahre später sagte der damalige KGB-Chef Viktor Tscherbikow, das angebliche Nationalitätenproblem der UdSSR sei eine Erfindung der westlichen Presse. Auf jeden Fall galt es auch bei der sonst angesagten Umgestaltung

nicht als etwas, was der Umgestaltung bedurfte, sondern bloss der «weiteren Vervollkommnung».

Dass gerade diese Ausklammerung verhängnisvoll sein könnte, wurde unter dem Vorzeichen der Glasnost durchaus auch in der Zentralpresse ausgesprochen, zum Beispiel in der sowjetischen Regierungszeitung: «Wir brauchen ein modernes Konzept für die Nationalitätenpolitik. Wenn man auf dem falschen Weg ist, nützt es nichts, das Gespann zu wechseln; man muss auf einen andern Weg wechseln» («Iswestija», Moskau, 28. 3. 1988). Das war allerdings nicht der Rat, den man im neuen Gespann zu beherzigen gedachte.

Spätestens im Frühjahr 1988 wurde die Vereinbarkeitsfrage von Perestrojka und nationaler Bewegung beidseitig ausformuliert und negativ beantwortet. Damals konnte man auf den Plakaten der Demonstranten in Jerewan lesen: «Nagorno Karabach ist der Prüfstein der Perestrojka.»

Wir kommentierten das damals so: «Eigentlich ist das falsch. Die Perestrojka hat ganz andere Anliegen deklariert. Aber wahrscheinlich stimmt es, dass sie ihre Bewährungs-



Die Tür zum gemeinsamen Haus Europa, und davor die Fussmatte der UdSSR. Diese Karikatur der (russischnationalen) «Literaturnaja Rossija» (Moskau, Nr. 1/1991) drückt die Beleidigung des (russisch verstandenen) Sowjetvolkes aus. Auch sie ist repräsentativ – für einen ungewiss grossen Teil der Bevölkerung.

probe bei den nichtdeklarierten Anliegen bestehen muss. Wenn man die Schleuse öffnet, ist es schwierig, dem Wasser zu befehlen, nicht nachzudrängen.» (Nr. 5/1988)

Gorbatschow und das Zentralkomitee brandmarkten damals und danach den Nationalismus als Gefährdung der Perestrojka. Was gemäss der (guten) Zielsetzung, wie gesagt, durchaus stimmte, denn der Perestrojka ging es um die Emanzipation der Sowjetbürger. Aber indem man die nationale Bewegung konsequent an ihrem Schadwert mass, verbaute man sich die Chance, sie unter leicht modifizierter Zielsetzung (sie war damals vielleicht noch möglich) in einen Nutzwert umzuwandeln.

Perestrojka und nationale Bewegung entwickelten sich anfänglich zusammen, aber sie entwickelten sich gegeneinander weiter. Das wiederum geschah ungleichgewichtig, denn die nationale Bewegung riss das Gesetz des Handelns immer mehr an sich. Nicht zuletzt dadurch, dass sie die ursprünglichen Vorhaben der Perestrojka im jeweils nationalen Rahmen am deutlichsten umsetzte. In den drei baltischen Staaten siegte die Volksfrontbewegung unter Vorzeichen, die noch reformfreudig und noch autonomistisch waren. Der Kollisionskurs mit der Zentrale war indessen eingeschlagen, eigentlich mehr oder weniger in allen Sowjetrepubliken.

Zum grundsätzlichen Zusammenstoss kam es im Herbst 1988. Am 16. November jenes Jahres proklamierte Estland seine Souveränität und erklärte sich für die oberste Macht auf eigenem Territorium. Den Sinn machte der abgeänderte Verfassungsartikel 5 Estlands eindeutig: «Die Gültigkeit der Unionsgesetze hängt (für Estland) von ihrer Annahme durch das Präsidium des Obersten Sowjets Estlands ab.»

Damit war Massgeblichkeit der Zentralmacht einseitig verneint, und diese liess sich die geradezu ungeheuerliche Herausforderung grundsätzlich nicht gefallen und erklärte die estnische Deklaration für ungültig (Ukas vom 26. 11. 1988). Praktisch kam es aber zu einem merkwürdigen und im Grunde genommen unheimlichen Schwebestand zwischen den beiden Souveränitätsauffassungen. Tallinn verzichtete auf die Abschaffung der sowjetischen Gesetzgebung, ohne von seinem Recht auf diese Möglichkeit abzurücken, und Moskau verzichtete darauf, Estland zur Rücknahme seiner Souveränitätserklärung zu zwingen.

Und dann machte das Beispiel regelrecht Schule. Bis zum Ende des Jahres 1990 haben sich sämtliche 15 Sowjetrepubliken auf diese oder ähnliche Art für souverän erklärt und beanspruchen Vorrang für ihre je eigene Gesetzgebung vor der sowjetischen Gesetzgebung.

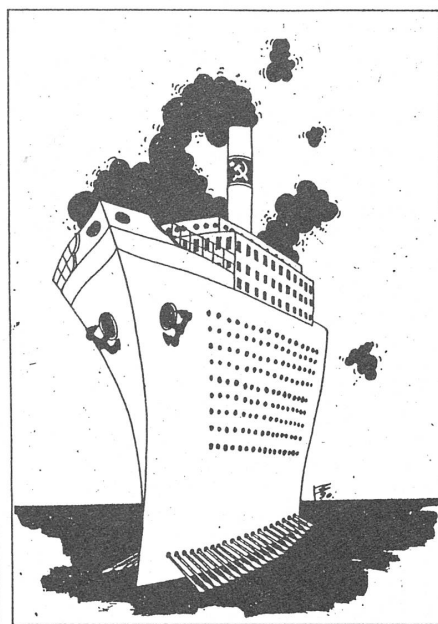
Das bedeutet wiederum, dass die Sowjetmacht ihren Vorrangsanspruch in sämtlichen sowjetischen Gliedstaaten durchsetzen

muss, wenn sie nicht abdanken will. Moskau hat die Litauer und die Letten ultimativ aufgefordert, zur sowjetischen Verfassung zurückzukehren, und das heisst zum Zustand vor der nationalen Souveränitätserklärung. Diesen Zustand haben ab November 1988 alle Sowjetrepubliken verlassen, hauptgewichtig natürlich Russland. Schon aus diesem Grunde ist es nur logisch, dass Russland und die Russen heute mit Vehemenz gegen die sowjetische Ordnungswiederherstellung im Baltikum aufbegehren.

Nach den innern Souveränitätserklärungen kamen in einzelnen Fällen die Unabhängigkeitserklärungen. Georgien erklärte am 9. März 1990, es habe nie rechtens zur Sowjetunion gehört und sei in diesem Sinne keine Sowjetrepublik; gleichzeitig verzichtete Georgien freilich darauf, unmittelbar die praktischen Konsequenzen aus seiner Feststellung zu ziehen, und forderte Verhandlungen mit der Sowjetunion. Am 11. März 1990 proklamierte Litauen seine Unabhängigkeit auf der gleichen Rechtsgrundlage, aber ohne Aussetzung der konkreten Verwirklichung. Inzwischen betrachten sich noch Lettland, Estland und die Moldau als rechtens nicht der UdSSR zugehörig.

Die Zentralmacht hat einstweilen in Litauen und Lettland militärisch zugeschlagen und fordert – wie gesagt – mit der Wiederherstellung der sowjetischen Verfassungsmässigkeit einen Zustand, den inzwischen sämtliche Sowjetrepubliken verlassen haben. Somit ist grundsätzlich ein unionsweiter Konflikt vorgegeben.

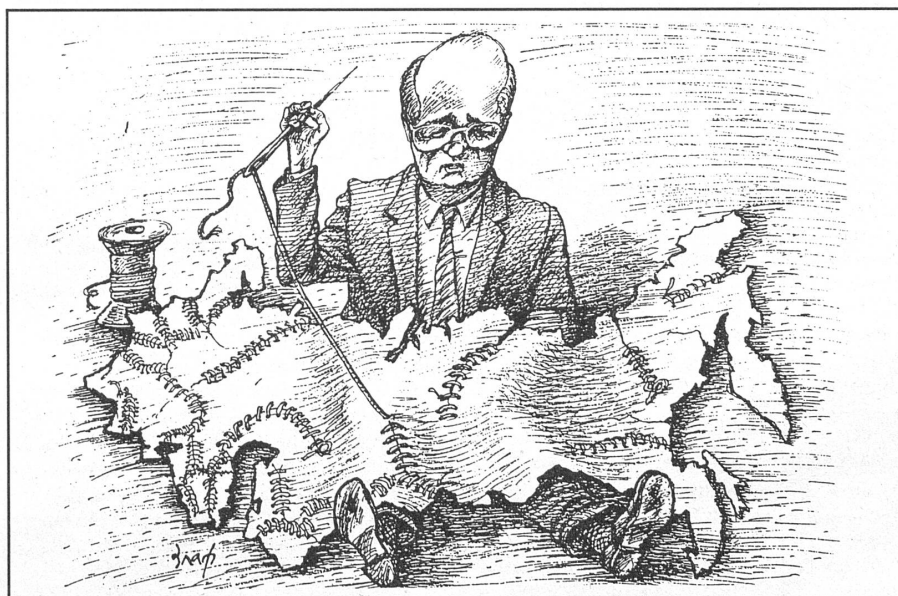
Die im dargelegten Sinn territoriumslose Zentralgewalt verfügt über machtmässig relevante Institutionen: die Kräfte des Innenministeriums (MWD-Truppen), die regulären Streitkräfte und den sowjetischen Sicherheitsdienst, das KGB. Dem gegenüber steht ein unbestimmt grosser Bevölkerungs-



Oben Dampfer, unten Galeere. («Neue Zeit», Moskau, Nr. 50/1990)

teil in sämtlichen Republiken und vor allem in Russland. Die Nachrichten darüber sind momentan spärlich, weil die Zentralgewalt auch einen Teil der Medien kontrolliert und weil der Golfkonflikt die Aufmerksamkeit der übrigen Welt absorbiert. Der gleiche Umstand hat auch zur Folge, dass der Ausgang der sowjetischen Auseinandersetzung praktisch von sowjetischen Faktoren allein abhängt; der Westen ist auf sowjetische Unterstützung in der heutigen globalen Hauptsache angewiesen, und er kann ihrer in Anbetracht der gegenseitigen Interessenslage so lange gewiss sein, als es eine Sowjetunion gibt.

Christian Brügger



«Moskowskije Nowosti», Moskau, Nr. 50/1990